

Beschlussprotokoll

19. Sitzung der Legislatur 2015-2019

Dienstag, 7. November 2017, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz: Parlamentspräsident Schmid Luzi, CVP/EVP

Anwesend Stadtparlament: 30 Mitglieder

Entschuldigt: -

Anwesend Stadtrat: Balg Andreas, FDP, Brühwiler Konrad, SVP, Gubser Peter, SP-Gewerkschaften-Juso, Hug Patrick, CVP, Züllig Hans Ulrich, FDP

Protokoll: Holenstein Nadja, Parlamentssekretärin

1. Mitteilungen:

Information aus dem Parlamentsbüro

Die Beantwortung zur Einfachen Anfrage „Tierschutzbeauftragter der Stadt Arbon“ von Jakob Auer, SP-Gewerkschaften-Juso wurde mit dem Versand zur heutigen Sitzung zugestellt. Die Einfache Anfrage gilt somit als erledigt.

Informationen aus der Einbürgerungskommission

- Kolali Hasan, 1972, türkischer Staatsangehöriger
- Kolali Mehmet Atilla, 1998, türkischer Staatsangehöriger
- Lovric Mia, 1991, kroatische Staatsangehörige
- De Carvalho Santos Oliveira Fernanda Cristina, 1973, portugiesische Staatsangehörige
- Santos Oliveira Filipe, 1998, portugiesischer Staatsangehöriger
- Santos Oliveira Wiliam, 1996, portugiesischer Staatsangehöriger

2. Budget 2018 der Stadt Arbon

Auf Antrag der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK) wurde das Geschäft auf die Novembersitzung vorgezogen.

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament das Budget 2018 und beantragt,

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2018 sei bei 76 Prozent zu belassen.
2. Das Budget 2018 der Erfolgsrechnung mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1'677'200.-- sei zu genehmigen.
3. Die Investitionsrechnung 2018 mit Nettoinvestitionen von CHF 4'320'000.-- sei zu genehmigen

Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK) beantragt:

Das Budget 2018 sei an den Stadtrat zurückzuweisen mit der Forderung ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren.

Eintreten ist obligatorisch.

Detailberatung

Der Antrag der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK) auf Rückweisung des Budgets 2018 an den Stadtrat wird einstimmig angenommen.

Das Geschäft geht zur Überarbeitung zurück an den Stadtrat. Die Behandlung des revidierten Budgets 2018 der Stadt Arbon erfolgt voraussichtlich an der Stadtparlamentssitzung vom 16. Januar 2018.

3. Revision Feuerschutzreglement, Redaktionslesung und Schlussabstimmung

Die Revision des Feuerschutzreglements wurde an der Parlamentssitzung vom 19. September 2017 in 2. Lesung beraten. Der Bericht der Redaktionskommission vom 15. Oktober 2017 liegt dem Parlament vor.

Anträge der Redaktionskommission zu welchen keine Wortmeldungen eingehen gelten stillschweigend als angenommen.

L. Graf, SP-Gewerkschaften-Juso beantragt folgende Änderung in Art. 11

Art. 11 Erfüllung der Pflicht

¹Die Feuerwehrpflicht wird durch Feuerwehrdienst oder durch Entrichten einer jährlichen Ersatzabgabe erfüllt.

²Die Kommission entscheidet, wer Dienst oder wer Ersatzabgabe zu leisten hat.

³Massgebend für den Entscheid sind die Verfügbarkeit, die berufliche, persönliche und gesundheitliche Eignung der Pflichtigen sowie die Bedürfnisse der Feuerwehr.

⁴Der Austritt aus besonderen Gründen ist in der Regel auf Ende eines Kalenderjahres möglich.

Der Antrag von L. Graf, SP-Gewerkschaften-Juso wird einstimmig angenommen.

S. Sutter Heer, FDP/XMV beantragt folgende Änderung in Art. 22

Art. 22 Sorgfaltspflicht

¹Das Feuerwehrmaterial ist sorgfältig zu behandeln.

²Angehörige der Feuerwehr haften während ihres Dienstes nur für mutwillig verursachte Sachbeschädigungen.

Der Antrag von S. Sutter Heer, FDP/XMV wird mit 12 zu 18 Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Das Stadtparlament stimmt in der Schlussabstimmung dem revidierten Feuerschutzreglement einstimmig zu.

Das Inkrafttreten des Reglements wird nach der Genehmigung des zuständigen Departements vom Stadtrat festgelegt.

4. Revision Parkierreglement, 2. Lesung

Die Revision des Parkierreglements wurde an der Parlamentssitzung vom 19. September 2017 beraten. Die bereinigte Fassung mit den angenommenen Anträgen aus der 1. Lesung liegt dem Parlament vor.

R. Heller, FDP/XMV beantragt folgende Änderung von Art. 18

Art. 18 Typ C für Handwerksbetriebe

¹Einheimische Handwerksbetriebe können Dauerparkierkarten Typ C beantragen.

²Gebühren für Dauerparkierkarten Typ C sind im Voraus zu bezahlen und betragen pro Motorfahrzeug oder Anhänger Fr. 300.- pro Jahr.

³Dauerparkierkarten Typ C lauten auf ein oder mehrere Fahrzeug- oder Anhänger-Kontrollschilder.

⁴Dauerparkierkarten Typ C sind nur in den darauf vermerkten Zonen oder Sektoren gültig.

Der Antrag von R. Heller, FDP/XMV wird mit 18 zu 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

L. Auer, CVP/EVP beantragt folgende Änderung von Art. 22

Art. 22 Typ G für die Jugendförderung

¹Vereine, die gemeinnützige Jugendarbeit leisten, können für Fahrzeuge und Anhänger ihrer Jugend-Betreuerinnen und -Betreuer Dauerparkierkarten Typ G beziehen.

²Für das Ausstellen von Dauerparkierkarten Typ G wird eine Gebühr von Fr. 20.- erhoben.

³Dauerparkierkarten Typ G lauten auf ein oder mehrere Fahrzeug- oder Anhänger-Kontrollschilder der Betreuungspersonen.

⁴Dauerparkierkarten Typ G sind nur in den darauf vermerkten Sektoren und während den darauf vermerkten Jugendbetreuungszeiten gültig.

A. Straub, SVP beantragt folgende Änderung von Art. 22

Art. 22 Typ G für die Jugendförderung

¹Vereine, die gemeinnützige Jugendarbeit leisten, und von der Stadt Beiträge zur Jugendförderung erhalten, können für Fahrzeuge und Anhänger ihrer Jugend-Betreuerinnen und -Betreuer gebührenfrei Dauerparkierkarten Typ G beziehen.

²Dauerparkierkarten Typ G lauten auf ein oder mehrere Fahrzeug- oder Anhänger-Kontrollschilder der Betreuungspersonen.

³Dauerparkierkarten Typ G sind nur in den darauf vermerkten Sektoren und während den darauf vermerkten Jugendbetreuungszeiten gültig.

F. Heller, SP-Gewerkschaften-Juso beantragt den Art. 22 aus dem Reglement zu streichen.

Der Antrag von F. Heller, SP-Gewerkschaften-Juso wird mit 8 zu 22 Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Die Anträge von L. Auer, CVP/EVP und A. Straub, SVP werden dem vorliegenden Antrag aus 1. Lesung gegenüber gestellt.

Der Antrag von L. Auer, CVP/EVP obsiegt mit 23 Stimmen.

R. Heller, FDP/XMV beantragt folgende Änderung in Art. 25

Art. 25 Gebührenhöhe

¹Die Gebühr beträgt pro Monat
- für schwere Motorfahrzeuge, Wohnmobile und Anhänger aller Art je Fr. 100.—;
- für alle übrigen Motorfahrzeuge Fr 30.—.

²Wer gemäss Artikel 24 erfasst wird, zahlt zusätzlich eine einmalige Gebühr von Fr. 100. —.

Der Antrag von R. Heller, FDP/XMV wird mit 22 zu 8 Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.

R. Heller, FDP/XMV beantragt folgende Änderung in Art. 33

Art. 33 Administrative Ahndung

¹Wer diesem Reglement zuwiderhandelt, namentlich den mit der Abklärung der Gebührenpflicht betrauten Organen unwahre Angaben macht, der Meldepflicht nicht genügt oder Kontrollen erschwert, wird mit einem Verweis oder einer Ordnungsbusse bis Fr. 300.— belegt. Der entstandene Verwaltungsaufwand wird gemäss Gebührenreglement in Rechnung gestellt.

²Gegen Verfügungen gemäss Absatz 1 kann innert 20 Tagen beim Stadtrat schriftlich Rekurs erhoben werden. Dieser ist zu begründen.

³Für Rekursentscheide erhebt der Stadtrat im Abweisungsfall und Nichteintretungsfall kostendeckende Gebühren.

Der Antrag von R. Heller, FDP/XMV wird einstimmig angenommen.

Die 2. Lesung ist somit abgeschlossen. Die Redaktionslesung und Schlussabstimmung erfolgt voraussichtlich an der Parlamentssitzung vom 21. Februar 2018.

5. Interpellation „Beihilfe zum Suizid – Stopp den menschenunwürdigen Praktiken von EXIT!“ von Marlies Näf-Hofmann und Luzi Schmid, beide CVP/EVP

Die Interpellation „Beihilfe zum Suizid – Stopp den menschenunwürdigen Praktiken von EXIT!“ wurde am 27. Juni 2017 eingereicht von Marlies Näf-Hofmann und Luzi Schmid, beide CVP/EVP.

Der Antrag von M. Näf-Hofmann, CVP/EVP auf Diskussion wird mit 8 zu 21 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Die Interpellation gilt als beantwortet.

6. Ergänzungswahl in das Wahlbüro

Per Ende September 2017 haben Ursula Daepf, SVP und Andrea Witzsch, EVP ihren Rücktritt aus dem Wahlbüro eingereicht. An ihren Stellen wurden Katja Smits, SVP und Edith Schaffert, EVP einstimmig gewählt.

7. Fragerunde

Es sind drei **schriftliche** Fragen eingegangen und beantwortet worden:

- Reto Gmür, SVP betreffend Bauen ohne Baubewilligung Restaurant Rotes Kreuz
- Pascal Ackermann, SVP betreffend Planung und künftige Verwendung der Parzelle 3540 neben dem alten Jumbo
- Heinz Gygax, SVP betreffend Ungereimtheiten im Taxiwesen in Arbon

8. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtpräsident Andreas Balg informiert über bevorstehende Termine:

- 1. Arboner Wirtschaftsarena am 21. November 2017 um 16.00 Uhr im Seeparksaal
- Neujahrsbegrüssung am 7. Januar 2018 im Seeparksaal
- Das Stadtgespräch am 23. Januar 2018 um 19.00 Uhr im Schloss Arbon

Parlamentarische Vorstösse

Es sind keine Vorstösse eingegangen:

Ende der Sitzung: 21.45 Uhr

Arbon, 10. November 2017 / nh